

## **VI. Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren**

Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt  
und läßt andere kämpfen für seine Sache  
der muß sich vorsehen: denn  
wer den Kampf nicht geteilt hat  
der wird teilen die Niederlage.  
Nicht einmal den Kampf vermeidet  
wer den Kampf vermeiden will: denn  
es wird kämpfen für die Sache des Feinds  
wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.

*Bertolt Brecht*

## Kampf dem Atomtod (1958)

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner außerordentlichen Sitzung am 28. März 1958 in Hamburg über die durch die Beschlüsse des Bundestages zur atomaren Aufrüstung geschaffene Lage beraten.

Der Bundesvorstand des DGB ist von tiefer Sorge über die möglichen Folgen dieser Bundestagsbeschlüsse erfüllt. Er ist davon überzeugt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diese Beschlüsse nicht billigt.

In seiner Verantwortung für einen großen Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik appelliert der Bundesvorstand in dieser ersten Stunde erneut, wie es bereits auf dem Hamburger Bundeskongreß im Oktober 1956 beschlossen wurde, an die Bundesregierung, die Parteien und alle verantwortlichen Politiker, noch einmal zu prüfen, in welcher Weise den Besorgnissen der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung Rechnung getragen werden kann. Der Bundesvorstand wird den Bundeskanzler und die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen politischen Parteien über seine schwerwiegenden Bedenken und die Sorge der deutschen Gewerkschaften unterrichten.

Der Bundesvorstand begrüßt die Initiative des Arbeitsausschusses »Kampf dem Atomtod«. Er wird diese Aktion nachdrücklich unterstützen.

Der Bundesvorstand wird einheitliche Protestdemonstrationen gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß »Kampf dem Atomtod« im ganzen Lande durchführen.

Der Bundesvorstand hält die Durchführung einer Volksbefragung über die atomare Bewaffnung für erforderlich; er wird prüfen, ob die Gewerkschaften eine Befragung ihrer Mitglieder durchführen sollen, wenn keine amtliche Befragung erfolgt.

Der Bundesvorstand ruft alle Bevölkerungskreise, insbesondere die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Politiker, die Pro-

fessoren, Ärzte und Studenten und die Mütter auf, sich der Aktion »Kampf dem Atomtod« anzuschließen.

Der Bundesvorstand begrüßt den Beschluß der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern gewerkschaftliche Hilfe zu leisten, die sich aus Gewissensgründen weigern, an der Errichtung von Abschlußbasen für Atomraketen mitzuwirken. Der Bundesvorstand behält sich notfalls weitere Schritte vor.

Der Bundesvorstand dankt den zahlreichen Einsendern von Briefen, Telegrammen und Fernschreiben für ihre Zuschriften und für die darin zum Ausdruck kommende Billigung der Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften.

In den zahlreichen EntschlieBungen aus der Sowjetzone kann der Bundesvorstand keine freien Willensäußerungen der mitteldeutschen Bevölkerung erkennen. Diese EntschlieBungen stellen die nach einem Schema vorgenommene Ausführung eines von Pankow ausgehenden Befehls dar und sind daher für die Meinungsbildung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ohne jeden Wert.

Die Gauarbeitstagung Nordrhein-Westfalen der IG Druck und Papier vom 29. März 1958 begrüßt die am 28. März 1958 vom Bundesvorstand des DGB gefaßte EntschlieBung »Kampf dem Atomtod«.

Die versammelten Gewerkschaftsbeauftragten der IG Druck und Papier erklären, alle zu treffenden gewerkschaftlichen Maßnahmen gegen die Atomwaffenausrüstung der Bundeswehr zu unterstützen.

Mit Verharmlosung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes wird nicht die tatsächliche öffentliche Meinung wiedergegeben. Begrüßt werden alle Schritte, die Ablehnung einer Atombewaffnung durch die gesamte Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen.

Allen Maßnahmen schließen sich die Ge-

werkschaftsbeauftragten mit den von ihnen vertretenen 35 000 Mitgliedern an, die Öffentlichkeit aufzurufen, gegen die *wahre*, lebensbedrohende Gefahr für Volk und Heimat zu protestieren.

Der Bundesvorstand des DGB wird ersucht, die Maßnahmen seiner EntschlieÙung schnell

und mit der notwendigen Härte durchzuführen. Die Gauarbeitstagung Nordrhein-Westfalen der IG Druck und Papier sichert jede Unterstützung zu.

*(Mitteilungen der IG Druck und Papier NRW 7/1958)*

## Das Nein zur Notstandsgesetzgebung (1966)

Einige Tage sind es nun her, daß der alte und neue DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg den 7. Bundeskongreß in Berlin für beendet erklärte. Nicht abgeschlossen sind damit die Diskussionen über eine Vielzahl von Problemen, die – in Anträgen und Entschließungen verpackt – den Kongreß sechs Tage lang beschäftigt haben. Dabei unterstreichen die einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommenen Anträge zu fast allen Fragen der Tarif-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, wie sehr sich die Gewerkschaften für die demokratische und soziale Entwicklung in Staat und Gesellschaft verantwortlich fühlen.

Nur aus dieser Sicht sind auch die heißen Rededuelle um die Notstandsgesetzgebung zu verstehen, an deren Ende bei geheimer Abstimmung mit 251 zu 182 Stimmen ein klares Nein gestanden hat.

Diese Absage an die von der Bundesregierung geforderte Notstandsgesetzgebung muß um so schwerer wiegen, da wohl kaum die Delegierten eines Kongresses vorher so stark auch unter äußeren Einflüssen gestanden haben. Wochen und Monate vorher haben sich politische Gruppen und besonders die Publizistik in Analysen und Betrachtungen mit diesem Kongreß beschäftigt. Sie haben Meinungen zu machen versucht.

Noch am Eröffnungstag glaubte selbst der Bundespräsident in dieser Richtung wirksam sein zu müssen. Ein mehr als unglückliches Beginnen, das nur durch die Diszipliniertheit der Delegierten und die selbstverständliche Achtung gegenüber einem hohen Gast nicht zu einem Skandal wurde.

In der Debatte des Kongresses selbst prallten dann zwei Ansichten hart aufeinander. Die

*Kundgebung der IG Druck und Papier, Ortsverein Köln, gegen die Notstandsgesetze, die mit vielen tausend Teilnehmer/innen zu einer eindrucksvollen Veranstaltung auf dem Alter Markt in Köln wurde.*



einen sehen in der Notstandsgesetzgebung die Gefährdung der Demokratie; die anderen glauben, diese in Krisenzeiten mit dem Ermächtigungsinstrument verteidigen zu können.

Otto Brenner und Georg Leber, je zwei Vertreter dieser extrem auseinanderstrebenden Meinungen, haben auf dem Kongreß ihre Einstellung zur Notstandsgesetzgebung klar und unmißverständlich bekundet.

Auf den Gewerkschaftstagen der IG Druck und Papier 1962 in Stuttgart und 1965 in Berlin waren der Hauptvorstand und der DGB-Bundesvorstand aufgefordert worden, den Kampf gegen die Pläne eines Ermächtigungsgesetzes fortzusetzen.

*(Mitteilungen der IG Druck und Papier NRW 6/1966)*

## Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit (1980)

Die Auseinandersetzungen um den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – eine jahrhundertealte Auseinandersetzung – haben in den letzten Jahren durch die verschiedensten gewerkschaftlichen Aktivitäten, besonders durch die Klagen unserer 29 Kolleginnen der Fotolaborbetriebe Heinze in Gelsenkirchen und unserer 52 Kolleginnen der Vereinigten Papierwerke Schickedanz in Neuss sowie aus anderen Betrieben und anderen Bereichen, an gesellschaftlicher Brisanz gewonnen.

Tatsache ist: Frauen erhalten bei gleicher oder gleichwertiger Tätigkeit nicht den gleichen Lohn wie ihre Kollegen. Bei Arbeiterinnen lag im Jahre 1979 der Lohn durchschnittlich um 27,4 Prozent, bei den weiblichen Angestellten das Gehalt sogar um 33,6 Prozent unter dem der Männer.

Tatsache ist auch: Die Folgen der Unterbezahlung bekommen die Frauen ihr ganzes Leben lang zu spüren, bis hin zur weit niedrigeren Alterssicherung.

Tatsache ist außerdem: Die Lohndiskriminierung ist nicht nur Frauensache, sie geht alle abhängig Beschäftigten an. Als Lohndrücker mißbraucht zu werden heißt: Durch niedrigere Löhne bzw. Gehälter, durch Einsparungen in untere Lohn- und Gehaltsgruppen wird das Einkommensniveau verringert, gedrückt werden dadurch auch die Löhne und Gehälter der Männer. Das gilt – wie alle Statistiken zeigen – vor allem für die Wirtschaftsbereiche mit einem hohen Anteil an Frauenbeschäftigung.

Tatsache ist schließlich: Die Unternehmer wollen die Umverteilungsfrage zu ihren Gunsten lösen, damit ihre Gewinnkasse stimmt. Für die Gewerkschaften wahrhaftig eine Herausforderung, den Kampf gegen die Lohndiskriminierung verstärkt aufzunehmen. Wir betrachten die Beseitigung der Lohndiskriminierung als Teil des gewerkschaftlichen Kampfes um die Erhöhung des Anteils

der von den Arbeitnehmern erarbeiteten Werte. Für uns gilt nach wie vor: Gewerkschaftliche Interessenvertretung – so auch die Auseinandersetzung um den gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit – ist eine gemeinsame Aufgabe. So wenig es den Kolleginnen alleine gelingt, eine grundlegende Veränderung ihrer Situation herbeizuführen, so sehr müssen unsere Kollegen begreifen, daß gewerkschaftliche Politik im Interesse der Arbeitnehmer dann erfolgreicher wird, wenn auch die »andere Hälfte der Menschheit« die Anliegen der Gewerkschaftsbewegung aktiv unterstützt.

Im Februar 1979 erhoben unsere 29 Kolleginnen der Fotolaborbetriebe Heinze Klage vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Hierbei ging es um den Anspruch auf die gleiche übertarifliche Zulage wie bei den Männern. Das Arbeitsgericht Gelsenkirchen gab unseren Kolleginnen mit Urteil vom 10. Mai 1979 recht. Die Unternehmerseite legte Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht Hamm wies am 19. September 1979 die Klage der Frauen ab.

Bevor das Bundesarbeitsgericht am 9. September 1981 schließlich die Forderungen unserer Kolleginnen für berechtigt erachtete und eine entsprechend positive Entscheidung traf, fand in einer beispielhaften Aktion eine umfangreiche Mobilisierungskampagne statt. In ungezählten Berichten und Reportagen in Presse, Rundfunk und Fernsehen fanden die Prozesse eine außergewöhnlich große Beachtung.

Viele Bemühungen um Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen fanden große Unterstützung und waren durchweg erfolgreich. Zwei Beispiele aus dem Berichtszeitraum sollen hier erwähnt werden

- Zur traditionellen Ruhrfestspiel-Vorstellung unseres Landesbezirks hatte der Vorstand

die 29 Kolleginnen aus Gelsenkirchen für den 4. Juli 1981 nach Recklinghausen eingeladen. 45 000 Unterschriften konnten unser Landesbezirksvorsitzender und unsere Frauensekretärin beim Hauptvorstand vor der Aufführung von Brechts »Kaukasischem Kreidekreis« unseren mutigen Kolleginnen überreichen. 45 000mal Solidarität mit unseren 29 Kolleginnen, die seit 3 Jahren, ein bißchen ängstlich erst, dann immer couragierter vor Arbeitsgerichten und in der Öffentlichkeit um ihr Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit kämpften. 29 Kolleginnen, die im Verlauf dieser Zeit »berühmt« wurden, über deren Sache es Aktenordner voll von Zeitungsartikeln gibt, Rundfunksendungen, Fernsehberichte, ein Buch, das sie selbst machten, und schließlich ein erfolgreiches Theaterstück. Ihr Kampf wurde zum Symbol für den Kampf aller Frauen um Gleichberechtigung am Arbeitsplatz.

- Der Hauptvorstand rief zu einer großen Solidaritätskundgebung am 6. September 1981 in Kassel auf, wenige Tage vor dem BAG-Termin. Mehr als 7000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet kamen. Unter Beteiligung der DGB-Kreise und besonders der IG Metall waren etwa 50 Busse mit fast 2500 Teilnehmern aus Nordrhein-Westfalen im Einsatz gewesen. Die Veranstaltung selbst war eine sehr gelungene Sache mit interessantem Programm und einer sehr guten Demonstration. Dieser Eindruck war auch der öffentlichen Berichterstattung zu entnehmen. In der Landesbezirksvorstandssitzung am 8. September 1981 dankte der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand insbesondere unserer Landesfrauenleiterin und den Kolleginnen in den Bezirks-Frauenausschüssen für den engagierten Einsatz und die vorbildliche Beteiligung.

Dem erfolgreichen Prozeß der »Heinze-Frauen« folgte die BAG-Verhandlung für unsere 52 Kolleginnen der Vereinigten Papierwerke Schickedanz am 12. Mai 1982. Die Aktionen wurden fortgesetzt und fanden schließlich ihren Höhepunkt in einer Solidaritätsveranstaltung am 8. Mai 1982 in Düs-

seldorf. Im Hauptreferat erinnerte unser Landesbezirksvorsitzender, Kollege Franz Kersjes, an die Ursachen der bestehenden Ungleichheiten in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Über 700 Frauen und Männer waren an diesem Samstagnachmittag in die Düsseldorfer Altstadt gekommen, um ihre Solidarität auszudrücken. Mit großem Engagement waren sich die Mitwirkenden und Zuschauer einig: Lohnfragen sind keine individuellen Probleme, sondern immer noch Machtfragen, und Lohngleichheit auf breiter Basis kann weder herbeigeredet noch herbeiuersucht, noch herbeigewählt werden, sondern darum muß gemeinsam gekämpft werden.

Der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichtes stellte dann schließlich fest, daß im Streitfall über unterschiedliche Lohnzulagen für Männer und Frauen in einem Betrieb zu prüfen ist, für welchen Zweck sie gewährt werden. Dabei sei davon auszugehen, daß verschiedene Zulagen nicht dem gleichen Zweck dienen. Nach den Niederlagen in der 1. und 2. Instanz gewannen unsere 52 Kolleginnen aus Neuss nur zum Teil ihren Prozeß, weil nunmehr das Landesarbeitsgericht nochmals prüfen muß, ob und inwieweit eine unzulässige Differenzierung bei der übertariflichen Bezahlung vorliegt. Das erneute Verfahren beim LAG Düsseldorf steht noch aus.

Auch mit diesem Spruch des Bundesarbeitsgerichtes ist nach unserer Auffassung die Lohndiskriminierung bei Frauen immer noch nicht beseitigt. Das Urteil ist lediglich ein wichtiger Sieg auf dem langen Weg zur Lohngleichheit. Sollte das Landesarbeitsgericht Düsseldorf bei den erneuten Verhandlungen den Frauen nicht rechtgeben, werden wir das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anrufen

*(13. Tätigkeitsbericht der IG Druck und Papier NRW)*

## Kampf gegen die Aussperrung (1980)

Die Aussperrung muß verboten werden. Das fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Mit einer Informationskampagne, die am 11. Januar 1980 mit einer bundesweiten Flugblattaktion begonnen hatte, sollte in der Bevölkerung um Verständnis und Unterstützung für dieses Ziel geworben werden. In zahlreichen Kundgebungen, die in Nordrhein-Westfalen meistens von den DGB-Kreisen durchgeführt wurden, traten mehrere Mitglieder unseres Landesbezirksvorstandes als Referenten auf.

Am Beispiel des Arbeitskampfes in der Druckindustrie im Frühjahr 1978 zeigte unser Kollege Rudolf Dreßler, Mitglied des Hauptvorstandes und unseres Landesbezirksvorstandes, als Referent in der zentralen DGB-Kundgebung am 26. Januar 1980 in Hannover, wie die Unternehmer mit der Aussperrung versuchen, den Streik als Kampfmittel der Arbeitnehmer zu unterlaufen, indem man die Streikenden in die Zwangslage bringt, daß Unbeteiligte unter ihrem Streik leiden. Für bundesweite Aufregung sorgte Kollege Dreßler mit seiner Feststellung: »Wir nehmen es nicht länger hin, daß sich eine Richtergeneration im Beamtenstatus mit einem Interessenklüngel verbündet, der Verfassungsgebote ignoriert, Gesetze mißachtet und mit Steuermitteln ausgebildete Wissenschaftler zu Prostituierten der Produktionsmittelbesitzer werden läßt.« Wegen dieser Passage in seiner Rede kam es zu einer Anzeige mit dem Vorwurf der Volksverhetzung. Doch die Staatsanwaltschaft Hannover mußte das Verfahren nach einiger Zeit einstellen.

In der Sitzung des Landesbezirksvorstandes am 10. Februar 1981 überreichten Vertreter einer Initiative »Verbot der Aussperrung« 44 000 Unterschriften. Initiatoren dieser Aktion waren zunächst einige Kollegen unterschiedlicher Gewerkschaftszugehörigkeit aus

dem Dortmunder Raum. Aus Empörung über die Aussperrung des Jahres 1978 waren diese Gewerkschafter zunächst mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gegangen. Am 1. Mai 1979 war die Initiative auf vielen DGB-Veranstaltungen mit großem Erfolg vertreten. Nachdem örtliche Komitees gebildet wurden, war man auf die Idee gekommen, eine Unterschriftensammlung durchzuführen und bei dieser Gelegenheit mit der Öffentlichkeit zu diskutieren. Ziel war, eine gesetzliche Initiative zum Verbot der Aussperrung zu erreichen. Unterstützt durch Informationsblätter, Plakate und Aufkleber, kamen im Herbst 1979 viele Unterschriftenlisten aus den Gewerkschaften und anderen Bereichen ein. Es gab eine Reihe von Erklärungen politischer Persönlichkeiten. Bei vielen Diskussionen wurde deutlich, daß die Bevölkerung ein sehr großes Informationsbedürfnis hat. Es zeigte sich, daß die Menschen dann Partei ergreifen, wenn sie genügend aufgeklärt sind. Das Verlangen nach gesetzlicher Ächtung der unternehmerischen Aussperrungspraxis hat seine Ursache darin, daß nach den bisher vorliegenden Gerichtsentscheidungen auf diesem Wege nicht viel erreicht wurde. Die Vertreter der Kampagne begrüßten es besonders, daß die Gewerkschaften – insbesondere die IG Druck und Papier – eindeutig Stellung bezogen haben. Bei Anwesenheit von Pressevertretern und in einem Rundfunkinterview dankte der Landesbezirksvorsitzende für die engagierte Unterstützung der wichtigen gewerkschaftlichen Forderung. Die Listen mit den Unterschriften wurden anschließend über unseren Hauptvorstand an den DGB-Bundesvorstand übermittelt.

Das Bundesarbeitsgericht erklärte am 10. Juni 1980 die bundesweite Aussperrung in der Druckindustrie im Frühjahr 1978 für unverhältnismäßig und damit für rechtswidrig. So erfreulich dieser Prozeßausgang für





*Maikundgebung in Köln im Jahre 1976. In einem bundesweiten Arbeitskampf in der Druckindustrie hatte der Arbeitgeberverband eine bundesweite Aussperrung beschlossen.  
Foto: Herbert Kloss*

uns ist, wir können nicht darüber hinwegsehen, daß das Gericht zugleich an der bisherigen Rechtsprechung festgehalten hat, nach der die Aussperrung grundsätzlich erlaubt ist. Zu der einzig folgerichtigen Entscheidung, nämlich ein generelles Verbot der Aussperrung, hat sich das Gericht nicht durchringen können. Folglich wurden die gleichzeitig anhängigen Klagen aus dem Bereich der Metallindustrie abgewiesen, da

die dortige Aussperrung nicht unverhältnismäßig gewesen sei. In unserer Gewerkschaft besteht weiterhin Übereinstimmung in der Auffassung: Die Aussperrung bleibt auf der Tagesordnung, bis sie endgültig verboten ist.

*(13. Tätigkeitsbericht der IG Druck und Papier NRW)*

## Aktion »Frieden durch Abrüstung« (1981)

Der DGB hat am 1. September 1981 eine bundesweite Aktion »Frieden durch Abrüstung« ins Leben gerufen.

Diese Aktion muß nicht nur deshalb erfolgreich verlaufen, weil die Erhaltung des Friedens elementare Grundlage jeder Gewerkschafts- und damit jeder Arbeitnehmerpolitik ist. Die Unterschriftenaktion ist auch organisationspolitisch sehr wichtig, weil hier der DGB zu einer lebenswichtigen politischen Frage unseres Landes eindeutig Stellung nimmt. Je mehr Arbeitnehmer sich mit dem vorliegenden Aufruf durch ihre Unterschrift solidarisieren, um so größer ist die Möglichkeit, im politischen Spektrum für die sicherheitspolitischen Vorstellungen des DGB zu werben.

Der bisherige Verlauf der Aktion »Frieden durch Abrüstung« verdeutlicht, daß diese friedenspolitische Initiative verbunden werden muß mit den Lebenserfahrungen der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft sowie den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer.

Dies bedeutet, daß z.B. eine Auseinandersetzung zwischen jungen und älteren Gewerkschaftsmitgliedern über die Erfahrungen der Arbeitnehmer in kriegerischen Auseinandersetzungen und deren sozialen Auswirkungen erfolgen muß. Der DGB-Landesbezirk NRW wird deshalb eine landesweite Rentnerinitiative gründen, die auch den Friedensaufruf des DGB unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die schon im Ruhestand leben, bekanntmachen soll. Darüber hinaus sollen auch Hochschullehrer und arbeitslose Arbeitnehmer besonders angesprochen werden.

Der zentrale Ort zur Diskussion der Friedensinitiative ist der Betrieb. Dies kann auch gar nicht anders sein, da politische Initiativen außerhalb des Betriebes längst nicht die politische Durchschlagskraft erreichen, wie die Verankerung gewerkschaftlicher Positionen

im Betrieb und damit an der wirtschaftlichen und sozialen Basis der Gesellschaft.

Wir kämpfen für Frieden und Abrüstung, weil eine weitere Ausweitung des Rüstungs-etats zum Kollaps des Sozialstaates führen muß.

Gerade in einer Situation, in der Eckpfeiler unseres Systems der sozialen Sicherung, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die derzeitige Höhe des Arbeitslosengeldes, von interessierter politischer Seite zur Disposition gestellt werden, muß die Verbindung zwischen Friedenspolitik und sozialer Sicherheit verdeutlicht werden.

Ziel der Thematisierung der friedenspolitischen Aktivitäten muß sein, persönliche Betroffenheit herzustellen. Nur wenn Arbeitnehmer verstärkt Bewußtsein dafür entwickeln, daß die Sicherung des Friedens nicht nur ein globaler moralischer Wert ist, sondern Voraussetzung für ihre soziale Existenz, werden wir dem Anliegen des DGB gerecht.

*(Rundschreiben der IG Druck und Papier NRW 4/1981)*

## Internationaler Schriftsteller-Appell (1982)

Angesichts der gegenwärtigen, in der Weltgeschichte beispiellosen Bedrohung, die jeden Augenblick zum Untergang der Menschheit führen kann, haben wir, Schriftsteller aus 48 Ländern, aus Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Chile, China, CSSR, Kuba, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, El Salvador, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Israel, Island, Italien, Japan, Jugoslawien, Kamerun, Kanada, Kenia, Kongo, Korea, Libanon, Luxemburg, Mali, Nicaragua, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Senegal, Spanien, Südafrika, Syrien, Türkei, Tunesien, UdSSR, Ungarn, USA und Sambia als Teilnehmer an den Internationalen Literaturtagen in Köln am 25. Juni 1982 die folgende Resolution verabschiedet:

Unsere Kölner Begegnung hat den Weg fortgesetzt, der mit dem »Friedens-Appell der Schriftsteller Europas« im Sommer 1981 eingeschlagen wurde und über die »Berliner Begegnung« vom Dezember 1981 und das »Haager Treffen« vom Mai 1982 weiterführt zu den schon traditionellen Treffen in Sofia (29. September bis 1. Oktober 1982) und Rotterdam im Sommer 1983. In dem Bewußtsein, daß Hunger und Elend in der Dritten Welt keine geringere Bedrohung für die gesamte Menschheit sind als das anhaltende Wettrüsten, werden wir uns nunmehr gemeinsam weltweit und als Teil der internationalen Friedensbewegung einsetzen für

- die vollständige Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen,
- einen gerechten Interessenausgleich ohne Krieg und
- die Schaffung friedlicher, freiheitlicher und menschenwürdiger Zustände in allen Erdteilen

Die rücksichtslose Ausbeutung vieler Länder der Dritten Welt ist die wesentliche Ursache für deren Not und Bedrückung. Zwischen ihrer Armut und der Vergeudung oder Zerstörung der Reichtümer dieser Erde, nicht zuletzt zur Anhäufung immer neuer und größerer Rüstungspotentiale, besteht ein direkter Zusammenhang, der die Integrität der Nationen, den Weltfrieden und die Existenz der Menschheit bedroht. Wir widersetzen uns allen Kräften des Rassismus, der Apartheid, der Diskriminierung und Unterdrückung jeder Art. Wir treten dafür ein, daß die Menschen in diesen Gebieten, wie überall in der Welt, von Fremdherrschaft befreit werden, durch die immer neue Kriege und Stellvertreterkriege entstehen.

In Übereinstimmung mit der »Haager Erklärung« vom 28. Mai 1982 unterstützen wir daher alle Bemühungen, die der Sicherung des Friedens durch Abrüstung gelten, gleich ob sie den Segen der jeweiligen Regierungen haben oder nicht. Wir sehen es als unsere Pflicht an, den Menschen, die wegen ihres Eintretens für den Frieden verfolgt werden, nach bester Kraft zu helfen. Wir wenden uns gegen jeden Mißbrauch der Sprache, der der Verschleierung oder Beschönigung kriegerischer Absichten dient. Wir werden die uns zur Verfügung stehenden Mittel dafür einsetzen, die wahren Sachverhalte und geheimen Komplizenschaften aufzudecken und jedermann verständlich zu machen.

Solange keine internationalen Abmachungen über eine allgemeine Abrüstung erreicht werden, sollte jeder weiteren Aufrüstung und den Vorbereitungen dazu – wie sie jetzt durch die Aufstellung neuer Atomwaffen in Europa und Asien im Gange sind – überall in der Welt Widerstand geleistet werden.

Wir treten für politische Lösungen ein, die der Entspannung dienen, die Rüstung vermindern und das Gleichgewicht des Schreckens

durch eine gegenseitige Sicherheitsgarantie ersetzen.

Wir begrüßen jede Vorleistung, die zur Verminderung der Bedrohung erbracht wird. Hierzu zählen wir den Verzicht auf den »Erstschlag«, gleich mit welchen Waffen, wozu wir alle Mächte auffordern.

Wir verlangen die gleichzeitige und vorbehaltlose Auflösung der beiden Militärblöcke. Unsere Kolleginnen und Kollegen in aller Welt, die mit dem Wort und der Sprache

arbeiten, fordern wir auf, mitzuhelfen bei der Erziehung einer friedenswilligen und friedensfähigen Generation.

Wir verpflichten uns, mit ganzer Kraft für diese gemeinsamen Ziele und ihre Verbreitung einzutreten und uns allem zu verweigern, was ihnen widerspricht.

*(13. Tätigkeitsbericht der IG Druck und Papier NRW)*

## Gegen Rassismus, Rechtsradikalismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (1993)

Die bedrohliche Entwicklung von Rassismus, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit hat den Landesbezirksvorstand in mehreren Sitzungen beschäftigt. Im Dezember 1992 wurden den Ortsvereinen und Bezirken in unserem Landesbezirk umfangreiche Materialien für Versammlungen und Aktionen zur Verfügung gestellt. Mit der folgenden Resolution wurden die Mitglieder zur Unterstützung und Initiative aufgerufen.

### Dringender Appell

*Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, kaum ein Problem hat die Öffentlichkeit in den letzten Monaten so erregt wie die Debatte um das Asylrecht. Politiker reagieren hilflos und basteln mit an der Legende, daß die Ausländer das eigentliche Problem seien und nicht etwa der brutale Umgang mit ihnen.*

*Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung gehören wieder einmal zum Alltag in Deutschland. Es vergeht kaum ein Tag, wo uns nicht die Fernsehbilder und Nachrichten über ausländerfeindliche Aktionen präsentiert werden. Die Anhängerschaften der Rechtsradikalen haben sich ausgeweitet und verfestigt. Rechtsextreme Positionen werden militant auf der Straße, aber auch zunehmend radikalisiert in Meinungsumfragen vertreten. Auch wir in den Gewerkschaften müssen uns fragen, ob wir nicht ungeachtet aller wichtigen Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, versäumt haben, aufzuklären und Widerstand zu organisieren.*

*Ausländerfeindlichkeit wird ebensowenig durch Ausländer geschaffen, wie der Antisemitismus durch Juden geschaffen wurde. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus haben andere Wurzeln. Mit der Asyl-Debatte läßt sich bestens ablenken von den haus-*

*gemachten drückenden Problemen der Wohnungsnot, des Arbeitsplatzabbaus, der hohen Kosten für die Einheit. Die Flüchtlinge müssen als Sündenböcke herhalten.*

*Nach Angaben der Vereinten Nationen sind gegenwärtig rund 15 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten in der sogenannten Dritten Welt. Hunger, Not, Krieg, Folter und Verfolgung treiben sie dazu, ihre Heimat zu verlassen, freiwillig geht wohl keiner.*

*In unserem Land ist die Situation kompliziert und durch falsche und unvollständige Informationen eher verwirrend. Deshalb ist Aufklärung und Meinungsbildung dringend geboten. Wir sollten uns deshalb in der nächsten Zeit bei allen sich bietenden Gelegenheiten, in Betriebsversammlungen, Fachgruppen- und Ortsvereinsversammlungen, Vorstandssitzungen und sonstigen Zusammenkünften mit der politischen und sozialen Entwicklung in unserem Land auseinandersetzen. Die Sorgen vieler Menschen, die sich in Ausländerfeindlichkeit äußern, müssen ernstgenommen werden. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß Ausländer zu Sündenböcken für Probleme gemacht werden, die sie nicht verschuldet haben. Mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit müssen die tieferen Ursachen von Haß und Gewalt angepackt, also die Arbeitslosigkeit bekämpft, die Wohnungsnot beseitigt, soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit aufgefangen werden.*

*Wir müssen auch verstärkt die Zusammenarbeit mit den anderen Einzelgewerkschaften im DGB suchen, damit möglichst viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen durch gemeinsame Veranstaltungen und konkrete Maßnahmen vor Ort wirkungsvoll gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und für Demokratie und Toleranz eintreten. Über unsere Initiativen und Aktionen sollten wir auch berichten und informieren, zum Bei-*

spiel über den lokalen Rundfunk, Tagespresse und gewerkschaftliche Publikationen.

Vorschlägen möchten wir auch die Veröffentlichung von Erklärungen von Belegschaften/Betriebsräten in den jeweiligen Medien nach den Beispielen der »Nürnberger Nachrichten« und »Frankfurter Rundschau« in Tageszeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen. Solche Erklärungen sind auch für weitere Bereiche der IG Medien denkbar, zum Beispiel Erklärungen von Musikern und Schauspielern am Ende von Theatervorstellungen und Musikveranstaltungen. Ortsvereine und Bezirke können sich mit Leserbriefen an Tageszeitungen, durch Anzeigen oder Funkspots im lokalen Hörfunk oder durch gemietete Plakatschlagwände beteiligen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit öffentlich zu äußern.

Der Hauptvorstand ist an der Vorbereitung verschiedener Großveranstaltungen beteiligt, die vor allem am 30. Januar 1993 stattfinden sollen. Es sollen Buttons und Großflächenplakate hergestellt werden. Eine Zusammenarbeit mit der Gruppe »Künstler in Aktion« ist bereits eingeleitet. In dieser Zeit dürfen wir auch vor ungewöhnlichen Bündnissen nicht zurückschrecken. Gemeinsame Initiativen mit Arbeitgebern, Verlagen und Rundfunkbetrieben können durchaus sinnvoll sein. Die Zusammenarbeit mit befreundeten Einrichtungen und Organisationen und natürlich mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften sind sicherlich selbstverständlich. Dazu gehört auch die Gründung von Aktionsgruppen im lokalen Bereich.

Wir haben Euch beigefügt umfangreiche Informationen zur Vorbereitung und Durchführung von Initiativen zusammengestellt. Wir wären Euch sehr dankbar, wenn Ihr über Eure Bemühungen dem Landesbezirk berichten würdet. Wir werden uns dann um eine weitere Publizierung bemühen.

Wir müssen uns gemeinsam mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Rassismus, Rechtsradikalismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit überzeugend und wirkungsvoll zur Wehr setzen! Es ist höchste Zeit!

Die Ermordung türkischer Mitbürgerinnen in Solingen Ende Mai 1993 hat den Landesbezirksvorstand erneut zu Initiativen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit veranlaßt. Der »Solinger Appell« wurde unterstützt, und unsere Mitglieder wurden aufgefordert, sich an der bundesweiten Großdemonstration am 5. Juni 1993 in Solingen und an den in anderen Städten und Gemeinden stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zu beteiligen.

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand hatte bereits am 1. Juni 1993, unmittelbar nach den schrecklichen Ereignissen in Solingen, mit dem folgenden Aufruf seine Betroffenheit zum Ausdruck gebracht:

### **Aufruf der IG Medien NRW**

*Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die entsetzlichen Morde an unseren türkischen Mitbürgerinnen in Solingen machen uns traurig und wütend. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gehört unseren türkischen Kolleginnen und Kollegen. Es bedrückt uns sehr, daß wir Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft immer noch nicht bewältigt haben. In unserem Land darf kein Platz sein für Rechtsradikale und Neonazis!*

*Die Gewerkschaften werden es nicht zulassen, daß Gewalt und Haß, Dummheit und Intoleranz das Zusammenleben von deutschen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen zerstören.*

*Wir dürfen uns auf keinen Fall gegeneinander aufbringen lassen. Deshalb appellieren wir an alle Mitglieder und Gremien der IG Medien, gemeinsam die schwierige Situation zu bewältigen.*

*Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit über 100 Jahren haben Polen, Türken, Italiener, Spanier, Portugiesen und viele Menschen anderer Nationalität dieses Land mit aufgebaut.*

*Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat. Unsere multikulturelle Gesellschaft bereichert uns alle. Aber sie ist kein ewiges Straßenfest. Wir müssen vor allem in schwierigen Situa-*

*tionen füreinander einstehen und Solidarität praktisch erfahrbar machen.*

*Wir fordern die Politiker und Parlamente auf, endlich alles zu tun, damit rechtsradikale Organisationen und Aktivitäten bekämpft und verboten werden.*

*1. Juni 1993*

*IG Medien NRW  
Geschäftsführender  
Landesbezirksvorstand*

## **Medien gegen Rassismus**

Eine Initiative gegen rassistische Wahlwerbung im Rundfunk wurde von den CIVIS Preisträgern '93 ins Leben gerufen und von der IG Medien unterstützt. Die Betreuung der Initiative »Medien gegen Rassismus« wurde in Absprache mit unserem Hauptvorstand vom Landesbezirk übernommen. Es wurden Hörfunk- und Fernsehspots vor allem mit Unterstützung kommerzieller Rundfunkbetriebe produziert und gesendet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk folgte mit eigenen Produktionen. Auch Kino-Ketten und Print-Medien schlossen sich der Aktion an.

Im Rahmen des »Bürgerfestes« zum »Medienforum '94« in Köln konnte sich die Initiative »Medien gegen Rassismus« bei der Eröffnungsveranstaltung darstellen. Es wurden Fernsehspots der privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkbetriebe vorgestellt. An der Podiumsdiskussion beteiligten sich Helmut Thoma (RTL), Fritz Pleitgen (WDR), Norbert Schneider (Landesanstalt für Rundfunk) und als Moderator unser Kollege Alexander von Cube. »Medien gegen Rassismus« ist die erste gemeinsame Initiative von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern. Insbesondere in der Wahlkampfzeit wurden die kostenlos zur Verfügung gestellten anti-rassistischen Spots von fast allen deutschen Sendeanstalten ausgestrahlt. Einzelne »Euro-Spots« besonders von Musikgruppen wurden darüber hinaus von europäischen Fernsehsendern gezeigt. Für die einzigartige Initiative wurden die Institutionen bei der CIVIS-Preisverleihung '94 mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

## **Verzicht auf Wahlwerbung im Rundfunk gefordert**

Unser Landesbezirksvorstand befaßte sich auch mit der Frage, wie die Ausstrahlung von rechtsradikalen Wahlwerbesendungen im Rundfunk verhindert werden kann. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen aufzufordern, den Rechtsanspruch der Parteien und Wählergruppen auf Sendezeit aus dem WDR-Gesetz und dem Landesrundfunkgesetz umgehend und ersatzlos zu streichen. Die Forderungen wurden den Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag übermittelt und mit der folgenden Presse-Information veröffentlicht:

### **IG Medien fordert Änderung der NRW-Mediengesetze**

*Solange rechtsextreme Parteien und Wählergruppen von den zuständigen Behörden oder Gerichten noch nicht verboten wurden, gibt es für die öffentlich-rechtlichen wie privaten Funk- und Fernsehveranstalter praktisch keine legale Handhabe, ihnen die Ausstrahlung ihrer neofaschistischen Wahlwerbespots zu verweigern. Auch in NRW gebietet etwa das Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk dem WDR in § 8: »Parteien und Wählergruppen ist während ihrer Beteiligung an Wahlen ... angemessene Sendezeit einzuräumen.« Eine ähnlich lautende Bestimmung des Landesrundfunkgesetzes bindet in § 19 auch jeden privaten »Veranstalter eines landesweiten Vollprogramms«, und zwar ausdrücklich mit dem Hinweis: »Alle Parteien sind gleich zu behandeln«, was auch für die Lokalfunkstationen während der Kommunalwahlen gilt.*

*Von dieser Verpflichtung können die Sender und Stationen nur entbunden werden, wenn die Mediengesetze entsprechend abgeändert werden. Daher richtet der Landesbezirksvorstand NRW der IG Medien an den Düsseldorfer Landtag als die verantwortliche gesetzgebende Körperschaft den dringenden Appell, den Rechtsanspruch der Parteien und Wählergruppen auf Wahlwerbung aus dem WDR-Gesetz und dem Landesrundfunkgesetz umgehend und ersatzlos zu streichen. Der Schutz des Bürgers vor demagogischer Verunglimpfung des demokrati-*

*schen Staates und seiner Einrichtungen sowie die Nichtverbreitung von oft nicht einmal mehr unterschwelligem Rassismus und Ausländerfeindlichkeit muß Vorrang haben vor dem Wunsch auch der demokratischen Parteien nach Selbstdarstellung.*

*Die Behauptung, daß mit dem Verbot der Wahlwerbung eine Art von Zensur ausgeübt oder die Möglichkeit der publizistischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eingeschränkt würde, weist die IG Medien nachdrücklich als Scheinargument zurück. Wie in der Wirtschaft hat auch in der Politik die Werbung nicht teil am gesellschaftlichen Dialog, sondern stellt lediglich ein Stück Meinungsmache dar, das nicht hinterfragt werden kann. Das Recht der elektronischen Medien, sich die Gegenstände ihrer Berichterstattung auch in dieser Hinsicht ohne Auflagen frei wählen zu dürfen, wäre vielmehr ein weiterer wichtiger Beitrag zu der im sogenannten »Gebührenurteil« von den Verfassungshütern eben erst wieder einmal beschworenen Staats- und Politikferne zumindest der öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehanstalten.*

21. März 1994

In einem Brief an alle Mitglieder der SPD-Fraktion im Landtag hat der Vorsitzende unseres Landesbezirks nochmals eindringlich die Änderung der Rundfunkgesetze verlangt. In den diesbezüglichen Antwortschreiben zahlreicher Politiker, darunter Ministerpräsident Johannes Rau, wurde zwar die Übereinstimmung in der Bekämpfung des Rechtsradikalismus betont, aber staatliche Eingriffe in die bisherige Form der Wahlwerbung im Rundfunk abgelehnt. Der Ministerpräsident hielt dagegen: »Es wird entscheidend darauf ankommen, daß die demokratischen Parteien in Form und Inhalt ihrer Auseinandersetzung dem Wähler überzeugende politische Alternativen aufzeigen.«

## **Aktion Gegenwehr**

Seit einigen Jahren versuchen Bundesregierung und Arbeitgeberverbände zahlreiche Sozialleistungen des Staates und Arbeitnehmerrechte abzubauen. Im Frühjahr 1993

wurde der Konflikt im Zusammenhang mit der geplanten Pflegeversicherung besonders deutlich. Dabei fehlte leider eine klare, gemeinsame Position aller Gewerkschaften zum Widerstand gegen die Demontage des Sozialstaates. Mit dem folgenden Aufruf des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes vom August '93 wurden dagegen Aktionen bis hin zu Arbeitsniederlegungen verlangt.

### **Aufruf**

- *Widerstand gegen die Ungerechtigkeiten*
- *Aktionen für einen sozialen Staat*

*Die IG Medien NRW fordert die Beschäftigten in den Medienbetrieben zum aktiven Widerstand gegen soziale Demontage und Abbau von Tarifrechten auf. Die politische Offensive der Bundesregierung zur umfassenden Deregulierung sozialer und tariflicher Sicherungen muß durch die Gegenwehr der Betroffenen bekämpft werden! Es geht keineswegs nur um Korrekturen aus finanziellen Gründen.*

*Die politisch Verantwortlichen wollen das bestehende soziale System endgültig abschaffen. Nur noch die Interessen von Unternehmern und Kapitalbesitzern sind Ziel dieser Politik. Die damit verbundenen Vorstellungen von der Zukunft unseres Landes gehen noch weit über die aktuellen Gesetzesinitiativen hinaus. Die tägliche Propaganda aus dem Arbeitgeberlager und die willfährige Unterstützung durch die Bundesregierung sollen die Widerstandsbereitschaft der Beschäftigten in den Betrieben schwächen, lähmen und schließlich ausschalten.*

*Die soziale Demontage wird durch Kürzung finanzieller Leistungen in fast allen sozialen Bereichen und durch Eingriffe in die Tarifautonomie eingeleitet. Vielfältige Subventionen und Steuervergünstigungen für Großverdiener bleiben dagegen weitgehend unangetastet. Das Ausmaß der sozialen Ungerechtigkeiten ist unerträglich geworden!*

*Die Bundesregierung will,*

- *daß kranke Menschen durch die Einführung von Karenztagen auch noch den Anteil der Arbeitgeber zur Finanzierung der notwendigen Pflegeversicherung übernehmen sollen,*



- daß schon für den ersten Krankheitstag ein Attest vorgelegt werden muß,
- daß Angestellte kürzere Kündigungsfristen bekommen, damit man sie schneller entlassen kann,
- daß ausgehandelte, gültige Tarifverträge einseitig geändert werden können,
- daß die Maschinen länger laufen (auch am Wochenende) und mehr Sonntagsarbeit geleistet wird (Freizeit in der Familie und mit Freunden wird dann vom Unternehmen diktiert),
- daß die Lebensarbeitszeit wieder verlängert wird (Rente gibt's erst später. Dazu sollen beitragsfreie Zeiten auch noch geringer angerechnet werden),
- daß Kranke weniger Leistungen bekommen, aber eine höhere Selbstbeteiligung an den Kosten erbringen müssen,
- daß die Aufwendungen für die Sozialhilfe sinken,
- daß das Arbeitslosengeld gekürzt wird,
- daß die Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzt wird (so werden Arbeitslose immer mehr zu Sozialhilfeempfängern),
- daß sich das Unterhaltsgeld bei Fortbildung und Umschulung erheblich reduziert,
- daß die regelmäßige Wochenarbeitszeit verlängert wird.

Das Ziel ist klar: Arbeitgeber werden entlastet, die sozialen Risiken einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt.

Die Regierung amputiert den Sozialstaat, den wir alle durch unsere Arbeit in Jahrzehnten mühsam aufgebaut haben.

Gegen diesen geplanten Kahlschlag müssen wir uns wehren!

Wir fordern die Betriebsräte und Vertrauensleute, die Ortsvereins- und Bezirksvorstände auf, über die bedrohliche Entwicklung aufzuklären und über die Auswirkungen zu diskutieren.

Der DGB-Bundesvorstand hat die Aktion »Sicherung des Sozialstaates« beschlossen. In den nächsten Wochen und Monaten müssen betriebliche und außerbetriebliche Aktionen durchgeführt werden, die auch Arbeitskämpfmaßnahmen einschließen.

In allen Bereichen muß über die Pläne und Absichten der Bundesregierung und der

Unternehmerverbände informiert werden. Danach sollen bundeseinheitliche Aktionstage mit Aufrufen zu Arbeitsniederlegungen und Protestdemonstrationen sowie betriebliche Aktionstage folgen.

Die IG Medien NRW fordert den DGB-Bundesvorstand auf gegen die geplante Wiedereinführung von Karenztagen zu bundesweiten Arbeitsniederlegungen aufzurufen.

Köln, August 1993

IG Medien NRW  
Geschäftsführender  
Landesbezirksvorstand

Der DGB-Bundesvorstand konnte sich allerdings erst nach langem Zögern und teilweise erheblichen Vorbehalten – besonders der IG Chemie – zu einem halbherzigen Aufruf Anfang September '93 durchringen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden aufgefordert, »von dem Grundrecht auf Meinungsäußerung auch während der Arbeitszeit Gebrauch zu machen. Angriffe auf die Tarifautonomie müssen auch mit betrieblichen Protestaktionen beantwortet werden«.

Viele Kolleginnen und Kollegen waren irritiert und vermißten die eindeutige Aufforderung zum Protest. Die Aktionen, die trotzdem zustande kamen, waren spärlich. Die Gewerkschaften wurden zum Papiertiger und von ihren Gegnern belächelt. Die Chance zum wirkungsvollen Widerstand wurde vertan.

(Alle Dokumente sind dem 3. Tätigkeitsbericht der IG Medien NRW entnommen)